Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22/26
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 814, 904, 905, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1290.
Geschäftsstelle: Amt Zentrum 1905, 8340, 8374.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 310. Mittwoch, 2. Juli 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Erlaß des Eisenbahnministers.

Der Dienst muß aufgenommen werden.

Den Wünschen der Eisenbahner folgend, stellt die Regierung wertvolle Auslandslebensmittel zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zur Verfügung, die einen Aufwand von 1½ Milliarden erfordern und dem gesamten Volke zugute kommen. Damit hat sie das Äußerste getan, was nach Lage der Staatsfinanzen möglich ist. Sie wird aber auch weiterhin ihrem Personal zu helfen bemüht bleiben, soweit die allgemeine Not des Volkes dies noch irgendwie erlaubt.

Die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung erfolgt in voller Uebereinstimmung mit dem gesetzgeberischen Vorgehen im Reiche und den Anschauungen der Landesversammlung. Durch die Einführung der Betriebsräte auf Grund des Reichsgesetzes wird dem Personal ein weitgehendes Mitwirkungsrecht eingeräumt.

Sämtliche Eisenbahner-Organisationen haben ausdrücklich erklärt, daß sie den gegenwärtigen Streik nicht billigen. Auch sonst haben weite Kreise des Personals wiederholt betont, daß die Arbeit wieder aufgenommen würde, sobald der Streikerlaß des Reichswehrministeriums, durch den sie sich in ihrer Arbeitsfreiheit beeinträchtigt fühlten, aufgehoben sei. Im Vertrauen auf diese Zusicherungen ist der Erlaß aufgehoben worden.

Trotzdem wird der Streik fortgesetzt.

Abgesehen davon, daß die Arbeiter große Lohnausfälle erleiden, daß die streikenden Beamten kraft Gesetzes ihres Diensteinkommens für die Tage der Arbeitseinstellung verlustig gehen, sind die Folgen für die Allgemeinheit unabsehbar. Alle Zufuhr nach Berlin kommt wegen der Betriebseinstellung auf den Bahnhöfen ins Stocken. Gegen 9000 Wagen allein für Berlin sind auf weiten Strecken unterwegs zum Stillager gekommen. So müssen wertvolle Lebensmittel zugrunde gehen, Vieh muß unterwegs verhungern, Fischsendungen verderben. Der Streik würde es aber auch verhindern, daß die vorbereitete Senkung der Lebensmittelpreise und die Verteilung der verbilligten Rationen allseitig und rechtzeitig durchgeführt werden können. Hierdurch wird nicht nur die Ernährung der Millionen-Großstadt Berlin, sondern auch der gesamte Volkskörper aufs schwerste bedroht. Angesichts der furchtbaren Lage, in der sich der Staat infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges befindet, muß jetzt das Wirtschaftsleben unbedingt und mit allen Mitteln wieder in Gang gebracht werden, um das Land vor dem Zusammenbruch und die Bevölkerung vor weiterem Hunger zu bewahren.

Schweren Herzens, aber im Bewußtsein der ernsten mir vor dem Volke obliegenden Verantwortung, sehe ich mich daher genötigt, nunmehr die Aufnahme des Betriebes mit äußersten Mitteln durchzusetzen. Die Beamtenschaft ist sich zum allergrößten Teil ihrer Pflicht gegenüber dem Volksganzen bewußt und bestrebt, gemeinsam mit zahlreichen gleichgesinnten Arbeitern den Verkehr vor dem Erliegen zu bewahren.

Alle diese Kreise der Beamten und Arbeiter werden es mit mir nicht nur als notwendig, sondern es geradezu als eine Erleichterung des auf ihnen lastenden seelischen Druckes empfinden, wenn ich nunmehr folgendes bestimme:

Arbeiter, die nicht bis spätestens am Donnerstag, den 3. Juli, ihren Dienst wieder aufnehmen, sind entlassen.

Ebenso erhalten Beamte, die nicht bis zu dem gleichen Tage ihren Dienst wieder aufnehmen, ihre Entlassung nach den disziplinarischen Bestimmungen.

Für die Sicherung der Arbeitsfreiheit ist Sorge getragen.

Oeser.

* * *

„Schweren Herzens, aber in dem Bewußtsein der ernsten, mir vor dem Volke obliegenden Verantwortung sehe ich mich genötigt, nunmehr die Aufnahme des Betriebes mit den äußersten Mitteln durchzusetzen." Das ist die Tendenz des Erlasses, zu dem der Eisenbahnminister sich genötigt sah, sollte nicht durch den Eisenbahnerstreik die schwerste Schädigung der Gesamtinteressen der Berliner Bevölkerung eintreten. Es geht nicht an, daß heute, in dieser schweren Zeit, in der jeder seine Lasten zu tragen hat, ein einzelner Stand nur vom Gesichtspunkte der eigenen Interessen aus gerade seine Lebenslage auf Kosten der Allgemeinheit zu bessern sucht. Die Gesundung unserer Verhältnisse kann nur durch einen Ausgleich der Interessen eintreten. Wollte die Regierung einseitig den Wünschen und Forderungen der Eisenbahner nachkommen, so würde sie sich am ganzen Volke versündigen, das die Kosten dieses Entgegenkommens aufzubringen hätte. Es handelt sich hier nicht um Forderungen, die sich gegen den Kapitalismus richten. Kein Pfennig dessen, was die Eisenbahnverwaltung an Einnahmen aufbringt, fließt in die Taschen einzelner Kapitalisten. Es ist Gemeingut des Volkes. Und auch die Lasten, die die Durchführung unseres Eisenbahnbetriebes erfordert, liegen auf den Schultern der Gesamtheit.

Schon heute erfordert der Etat der Eisenbahnverwaltung einen Zuschuß von mehreren Milliarden, die durch die Steuerzahler aufgebracht werden. Den Etat abermals um Milliarden an Ausgaben zu erhöhen — soviel würden die Forderungen der Eisenbahner ausmachen — bedeutete die Notwendigkeit, auch diese Milliarden noch dem Steuerzahler aufzubürden. Wenn die Regierung also die Forderungen der Eisenbahner ablehnte, so tat sie nur ihre Pflicht. Sie ist entgegengekommen, soweit ein Entgegenkommen möglich war. Wo dieses Entgegenkommen greift nicht nur die Eisenbahnangestellten in ihrem Bereich, sondern bedeutet eine Entlastung der Gesamtheit in bezug auf die Lebensmittelpreise. Der Streik der Eisenbahnangestellten ist ein Mittel, das sich nicht nur im Bereich bloßer Interessenforderungen hält, sondern das mittelbar die Gesamtheit der Berliner Bevölkerung in eine ernste Gefahrliche Lage bringen muß. 9000 Eisenbahnwagen, die für Berlin bestimmt sind, haben infolge des Streiks ihr Ziel nicht erreichen können. Unter ihnen befinden sich 1500 Wagen, die Lebensmittel für Berlin enthalten. Durch das Stillliegen auf der Strecke wird ein großer Teil dieser Lebensmittel dem Verderben preisgegeben. Was später fehlt, wird die Berliner Bevölkerung an ihrer Nahrungsmittelzufuhr vermissen.

Es kommt hinzu, daß die Kohlenzufuhr fast vollständig stockt. Die Elektrizitätswerke haben nur noch für wenige Tage Vorrat und sind dann zum Stillstand verurteilt, so daß dann Berlin auch ohne elektrische Kraft und ohne Licht sein wird. Was das bedeutet, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Alle Berichte, die mit elektrischer Kraft arbeiten, werden den Betrieb schließen müssen, ein großer Teil der Arbeiterschaft wird arbeitslos werden. Das mußte verhindert werden. Die Regierung war verpflichtet, dagegen einzuschreiten. Andere Mittel versprachen einen Erfolg nicht mehr. Es blieb nur eine übrig: in scharfer Weise die Arbeiter zur Aufnahme des Dienstes zu nötigen. Daher verfügt der Erlaß die Entsagung der Arbeiter, die nicht bis zum Donnerstag ihren Dienst wieder aufnehmen. Und dieser Erlaß wird durchgeführt werden. Schon sind die Bahnhöfe militärisch besetzt. Für die Sicherung der Arbeitsstellen und der Arbeitswilligen ist gesorgt worden. Streikposten auf den Annäherungswegen zur Arbeitsstätte werden nicht geduldet werden. Es sind alle Maßnahmen getroffen, die eine Durchführung des Erlasses verbürgen.

Nun ist es Sache der Arbeiter, Vernunft anzunehmen und sich dem Erlaß zu fügen. Man darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß doch zuguterletzt auch bei den Arbeitern die Einsicht noch siegen wird, daß sie sich ihres gefährlichen Spiels bewußt werden. Und daß hier höhere Interessen, die der Gesamtheit und des Staates, die Notwendigkeit erbrachten, ein Ende zu machen mit dieser Willkür, die sich gegen Staat und Gesellschaft wandte. (Siehe auch Seite 3.)

Kein österreichisch-italienisches Bündnis.

Eine Berliner Zeitung brachte in ihrer gestrigen Morgenausgabe eine Meldung aus Lugano über eine angeblich im April d. J. zwischen Oesterreich und Italien abgeschlossene Militärkonvention. Nach der Meldung würde Oesterreich als Konvention große Teile von Jugoslawien, ganz Kärnten und Teile der Ukraine erhalten. Die Nachricht wird verbreitet vom jugoslawischen Pressebureau.

Es handelt sich offenbar um eine von dem Gegenlag zwischen den Italienischen Unterhändlern und Italien diktierte mehr oder weniger phantastische Aufstellung.

Wir haben unseren Korrespondenten in Wien um Aufklärung ersucht und erhalten von ihm die Nachricht, daß sämtliche amtliche Wiener Stellen das Bestehen derartiger militärischer Geheimabmachungen zwischen Italien und Oesterreich in Werke stellen.

Ausschreitungen in Spaa.

Angriffe auf die Waffenstillstandskommission.

Drahtmeldung.

Spaa, 30. Juni.

Obwohl den englischen und belgischen Behörden bekannt war, daß der Abtransport des Hauptteils der Waffenstillstandskommission heute abend 9 Uhr erfolgen werde, haben sie starke deutschfeindliche Kundgebungen und Ausschreitungen vor dem Hotel, in den Straßen der Stadt und vor dem Bahnhof nicht verhindert. Johlen, Pfeifen und Schreien und feindliche Rufe erfolgten. Es wurden auch einzelne Steine gegen die vor dem Hotel abfahrenden Automobile geworfen. Obwohl einige kleinere Steine die Insassen trafen, gab es glücklicherweise keine Verletzungen. Die Glasscheibe eines Automobils wurde zertrümmert, die Haltung der englischen und belgischen Polizei und der Soldaten war tadellos; am Bahnhof fand sich der englische General Green persönlich ein. Das wenig zahlreiche Aufgebot war jedoch gegen die Menge machtlos, die anscheinend von ausländischen Elementen noch weiter aufgehetzt wurde. Ein von der belgischen Zivilbehörde trotz Gesuchens der belgischen Gendarmerie nicht verbotener Umzug mit Musik trug auch zur Aufreizung der Gemüthaufgeschaft bei, nach den Vorkommnissen in Versailles hätten die englischen und belgischen Militärbehörden weit umfassendere Vorkehrungen treffen müssen.

Matrosenzusammenstoß in Brest.

S. Haag, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe der „Ch'cago Tribune" ist es in Brest zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen amerikanischen Matrosen und französischen Marinetruppen gekommen, bei dem es viele Verwundete gab. Der Pöbel nahm überall gegen die Amerikaner Stellung.

Fochs Beschränkungen.

S. Haag, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Oberbefehlshaber Foch erklärte in einem Interview mit einem amerikanischen Korrespondenten: Wir müssen am Rhein bleiben, wir müssen einen doppelten Riegel an der Tür haben. Die 70 Millionen Deutschen werden immer eine Gefahr für uns bleiben.

Neuer Chef der amerikanischen Friedensabordnung?

Amsterdam, 1. Juli. Das Pressebureau Radio meldet aus Amerika, daß der jetzige Chef der amerikanischen Friedensabordnung Lansing Mitte Juli wahrscheinlich durch Poly ersetzt werden wird.

Der „Fünferrat".

Paris, 30. Juni. (Reuter.) Die Arbeiten der Friedenskonferenz werden von dem Fünferrat weiter geführt werden, der aus Clemenceau, Lansing, Balfour, Sittoni und Makino besteht, nicht von dem Zehnerrat, wie früher gemeldet wurde.

Die große Vermögensabgabe.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Weimar, 1. Juli.

In der heutigen Sitzung des Aeltestenausschusses wurden von besonderer Seite wichtige Mitteilungen über die Einbringung des großen Vermögensabgabegesetzes gemacht. Danach soll der Entwurf diesen Sommer der Nationalversammlung nicht mehr vorgelegt werden. Es handele sich um einen Entwurf, der tief in unser Wirtschaftsleben eingreife und daher auch sorgfältig vorbereitet werden müsse. Dazu sind eingehende Besprechungen mit den Interessenten vorgesehen. Der Ertrag der großen Vermögensabgabe, der auf etwa 70 bis 80 Milliarden geschätzt wird, soll vor allem dazu benutzt werden, die Schulden des Reiches zu tilgen. Die Vermögensabgabe kann, so wurde berichtet, hauptsächlich in Kriegsanleihen erfolgen. Die Summe, die außerdem nicht in Kriegsanleihen eingezahlt wird, soll wiederum zum Rückkauf von Kriegsanleihen Verwendung finden. Man rechnet damit, daß die Vorlage frühestens diesen Herbst der Nationalversammlung vorgelegt werden wird.

Die Regierungsparteien und der Verfassungsentwurf.

W. Weimar, 1. Juli. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Wie wir hören, finden zwischen dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten Verhandlungen statt, um eine einheitliche Stellungnahme in den vom Verfassungsentwurf berührten Kirchen- und Schulfragen herbeizuführen.

Hindenburgs Dank.

Kolberg, 1. Juli. Generalfeldmarschall v. Hindenburg erläßt folgende Dankeskundgebung:

Anläßlich meines Rücktritts vom Kommando sind mir aus allen Teilen Deutschlands Abschiedsgrüße und Wünsche in überreicher Zahl zugegangen. Die freundliche Gesinnung, die darin zum Ausdruck gebracht ist, hat mich tief bewegt und wird mich als ein Sichtblick in die Zukunft gelten. Ich kann leider nicht jedem Einzelnen persönlich antworten, danke aber hiermit allen von ganzem Herzen.

von Hindenburg.

Keine Abreise des früheren Kaisers aus Holland.

Amsterdam, 1. Juli. Das „Algemeen Handelsblad" wird von offiziöser Seite ersucht, die Meldung von einer beabsichtigten Abreise des vormaligen deutschen Kaisers auf das bestimmteste zu dementieren.

Die Besetzung Hamburgs.

Eigene Drahtmeldung.

A. Hamburg, 1. Juli.

Als äußeres Wahrzeichen der Herstellung der Staatsautorität wurde bald nach dem Einzug der Reichswehrtruppen auf der Laube des Rathausturmes die Hamburger Staatsflagge herausgehängt. General von Lettow-Vorbeck hat im Esplanade-Hotel Quartier bezogen. In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Hamburger Fremdenblattes" sagte der General, daß er keine politischen Ziele verfolge. Ruhe und Ordnung in Hamburg zu sichern, nicht nur für den Augenblick, sondern dauernd, sei die Aufgabe, die er im Auftrage der Regierung zu lösen habe. Von dem Verbrechertum, das in der letzten Woche so unselige Folgen gezeitigt habe, müsse Hamburg endgültig befreit werden. General von Lettow-Vorbeck betonte besonders entschieden, daß bei ihm keine Voreingenommenheit gegen die Mitglieder der Volkswehr bestehe.

Die kommunistische Partei hat während der Nacht besonders in der inneren Stadt Flugblätter angeklebt, die die Ueberschrift tragen: Soldaten! Kameraden! und die Aufforderung enthalten: „Die Waffen nieder!" In den Flugblättern wird behauptet, daß bei den Tumulten in Hamburg keine politische Partei beteiligt gewesen sei, und die Bahrenfelder auf friedliche Demonstranten geschossen hätten. Die Besetzung des Altonaer Hauptbahnhofes ging glattmäßig in großer Schnelligkeit vor sich. Außerdem sind nach das Altonaer Rathaus und andere öffentliche Gebäude durch Reichswehrtruppen besetzt worden.

Streikern des Magdeburger Metallarbeiterstreiks.

F. Magdeburg, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vertrauensmännerversammlung der streikenden Metallarbeiter der Magdeburger großindustriellen Werke beschloß, den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Damit ist der Streik, der über 14 Tage dauerte, geschlichtet. Von seiten der Arbeitgeber sind Zugeständnisse über die schon vor Beginn des Streiks gegebenen hinaus nicht gemacht worden. Auch Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium führten zu keinem anderen Ergebnis.

Deutschlands Kriegsschiffbau.

London, 30. Juni. Reuter. Unterhaus. Croft fragte, ob vor dem Kriege von Holland der deutschen Wulkanfellschaft Konzessionen zum Bau von Dreadnoughts und U-Booten im Hafen von Rotterdam gewährt worden und ob Schritte unternommen seien, um den weiteren Bau von Kriegsschiffen in diesen Werken zu verhindern. Bonar Law antwortete, es sei nichts darüber bekannt, daß vor dem Kriege derartige Konzessionen gewährt worden seien. Man glaube aber, daß Deutschland sich während des Krieges wohl Sicherungen von holländischen Werften zu sichern.

Die Lehren von Versailles.

Von

Dr. Max Rudolf Kaufmann.

Als die deutsche Friedensdelegation am Abend nach der Unterzeichnung des Friedens an einem Pariser Vorort vorbeifuhr, wurde der Sonderzug noch einmal mit einem Steinregen empfangen, den die Ortsbevölkerung mit aller Sorgfalt vorbereitet hatte. Das war der Abschied von Frankreich, und somit auch der letzte Eindruck, den wir als Abschluß der vielen Unbegreiflichkeiten, die sich uns während eines Aufenthaltes von zwei Monaten ins Bewußtsein geprägt hatten, mit auf die Rückfahrt nahmen. Und dieses Erlebnis, das den Schlußstein unserer Erfahrungen bildet, muß, so scheint mir, um so nachhaltiger auf die Versailler Erinnerungen wirken, als es als typisches Beispiel dafür gelten kann, wie schlecht die Rechnung der Baumeister des Friedens war. Denn sie wollten glauben machen, die Welt könne den Tag der Wiederkehr der Tragödie von Serajewo, der mit dem Unterzeichnungstag zusammenfiel, als Geburtstag der Völkerversöhnung buchen. Es zeigt zugleich die Hinfälligkeit der Gründe, die französischerseits als Ursachen der feindseligen Kundgebungen angeführt wurden, die der ersten deutschen Delegation anläßlich ihrer Reise nach Weimar zuteil wurden, und die mit dem Gerücht von einer ausgebliebenen Ablehnung des Friedens begründet worden waren. Wer damals daran glaubte, wird heute eines anderen belehrt sein. Sechs Clemenceau wird, dann vielleicht nicht mehr im Amt, die Erfahrung machen müssen, daß das niedergepreßte „Werk der Gerechtigkeit", an dem er sich so sehr vergriff, zu seinem eigenen Volke Schiffbruch leiden wird. Denn das empfindet fest: Der Jubel über den Frieden von Versailles war selbst in Frankreich kein allgemeiner. Wielleicht beschränkte er sich sogar nur auf Paris, das damit die Erinnerung an furchtbare Kriegstage, unter dem Eindruck der in seinen Mauern tagenden Friedenskonferenz und dem mürbefolen Schauspiel, das seiner Bevölkerung im Palais von Versailles geboten wurde, abschütteln wollte.

Der Friede von Versailles ist eine Enttäuschung auch für Frankreich. Das soll nicht heißen, daß wir etwa bei längerem Zuwarten einen besseren Frieden oder etwa gar einen Widerstand französischer Truppen gegen eine Wiederaufnahme der Kriegshandlungen hätten erreichen können. Frankreich wollte Frieden. Es hätte ihn sich auch weiter mit Gewalt erkämpfen. Wenn es nun, wo er unterzeichnet ist, trotzdem unzufrieden ist und der „Friede der Völkerversöhnung" an dieser Unzufriedenheit scheitern wird, wenn es seinen Haß auch gegen diejenigen nicht zügeln kann, die den Frieden unterschrieben, so liegt das daran, daß ihm dieser Friede die erwartete Erlösung nicht bringt. Es wird in seiner wirtschaftlichen Not, in seinem Kampf mit Teuerung und Hunger kaum denjenigen glauben, die ihm diesen Frieden vermittelten, daß sie mehr nicht erreichen konnten, aber denjenigen, die ihn annehmen mußten, nicht verzeihen, daß er für Frankreich so schlecht ausfiel.

Und darum, will mir scheinen, gehört dieser Friedensvertrag zu den Unbegreiflichkeiten nicht nur der Gegenwart, sondern der Weltgeschichte; darum war unverständlich, daß diejenigen, die seine Grundlagen schufen, sich von der Verblendung und nicht von den Möglichkeiten seiner Durchführung leiten ließen, die allein die friedliche Zukunft ihres eigenen Volkes, der ganzen Welt hätten sichern können.

Wir wissen, daß Clemenceau der geistige Vater dieses Friedens ist. Und wir wissen — und das ist die große Unbegreiflichkeit, die immer und immer wieder aus der französischen Presse herausträte — daß an der Wiege dieses Friedens die Angst des Siegers um seinen Sieg gestanden hat, die Angst vielleicht als Ausdruck des schlechten Gewissens, das ihm keinen anderen Ausweg aus der Sackgasse wies. Dieser Friede, bei dem die Angst die Feder führte, ist der Friede, wie er nur einem Gegner aufgezwungen werden kann, der durch eine unglückliche Verkettung von Umständen zu Boden geworfen wurde, von dem man aber nicht weiß, wann er sich wieder erheben und mächtig erheben wird. Deutschland ist für Clemenceau dieser Gegner. Maßlose Verleumdungen hat ihm dahin gebracht, in diesem Land nur einen Scheintoten zu sehen, vor dem die Welt erst dann Ruhe haben wird, wenn er nach Jahren kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben haben wird. Solange auch nur noch ein schwacher Atem aus diesem Körper kommt, bleibt er eine Gefahr — ein Zeichen für die Schwäche desjenigen, der diese Gefahr zu erkennen glaubt. War nicht das offizielle Sprachrohr der französischen Regierung, der „Temps", der beste Thermometer für diesen Friedenszustand, der alle Vernunft unterdrückte? In jeder Zuckung des halbtoten Körpers witterte man eine neue Gefahr, im leisesten Widerstand, im schwächsten Aufbäumen nationalen Gefühls gegen Schmähungen und Unerträglichkeiten sah man in Paris Anzeichen des Militarismus; jedes Wort der Entrüstung war eine Arroganz, jede deutsche Note eine Unverschämtheit — so scheint man sich auch gegen ihre Berechtigung verteidigen konnte. Haß und Mißtrauen begleiteten den Versailler Notenwechsel, und darum konnte auch das Endergebnis kein anderes sein. Haß und Mißtrauen diktierten den Viererrat die Entschlüsse bis zum letzten Augenblick. Haß und Mißtrauen sahen auch in der letzten Bitte der deutschen Regierung, die, nachdem ihre bedingte Annahme der Friedensbedingungen vorworfen worden war, eine letzte Fristverlängerung von 48 Stunden verlangte, weiter nichts als eine Ausflucht als einen Versuch, durch eine Verschleppung die Sache des Verbandes zu gefährden.

Aus dieser Psychose ist der Frieden entstanden. Sie ist in Deutschland nicht überall verstanden worden, denn sonst hätte vielleicht noch manches getan werden können, sie abzuschwächen. Und doch wird alles für die Welt, für die Menschheit davon abhängen, daß diese Einsicht in allen Ländern stärker und stärker wird. Sie erst wird den Frieden von Versailles zu einem dauernden machen können.

Die Frage ist für uns nun die: Stehen wir diesen Dingen machtlos gegenüber, können wir nichts tun, um sie zu überwinden? Vielleicht gibt es einen Weg, der, so lang und so steinig er auch sein mag, uns dem wirklichen Frieden näherbringen könnte: der ehrliche Wille, zu versuchen, die schweren Bedingungen, die der Frieden uns auferlegt hat, zu erfüllen und der Welt zu zeigen, daß sie dem neuen Deutschland Vertrauen entgegenbringen muß. Dann rückt die Möglichkeit näher, daß die Vernunft wieder Einkehr in der Welt hält und die Völker, befreit von aller Vorurteilsfrucht, den Wert dieses Friedens erkennen und ihm selbst auf eine neue Grundlage helfen. Die erste Bedingung aber, die an uns herantritt, ist der Wahrheit zur